

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Montag abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Paull, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von R. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitung Nr. 2. — Postzeitungsnummer 2. — Preis: 15 Pfennig. — Abonnement: 1,00 Mark. — Abholer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, 4-spaltiger 30 Pfennig, die dreispaltige 20 Millimeter breite Reklamazeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 2,20.) Der gewöhnliche Rabatt acht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Plagiaten keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 69.

Magdeburg, Sonntag den 22. März 1925.

36. Jahrgang

Dokumente zur Versackungspolitik

Ein unmöglicher Kandidat.

Der Reichspräsidentkandidat des Rechtsblocks, Jarres, hat in seiner Berliner Bankettrede am 18. März den Vorwurf der „Versackungspolitik“ als eine persönliche Verleumdung und eine geradezu lächerliche Verdrehung der Tatsachen bezeichnet. Entkräftet beteuerte er:

Der Gedanke einer Preisgabe der Rheinlande hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.

Es ist uns unfaßbar, wie Jarres zu einer derart hochgemuteten Zurückweisung durchaus berechtigter Vorwürfe sich bereit finden kann. Er zwingt uns nun, dem zahmen Präsidentkandidaten Jarres, dem jegliches Gedächtnis an die Vorgänge im Herbst 1923 entwichen zu sein scheint, den wunden Versackungspolitiker Jarres gegenüberzustellen:

Mitte September stand die Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete in Verhandlungen über den von allen Seiten als notwendig erkannten Abbruch des passiven Widerstandes mit den sich daraus ergebenden Folgerungen für die deutsche Außenpolitik. In einer Führerbesprechung in Westfalen wurde folgender von einem Teilnehmer stenographisch aufgenommene

Brief des Herrn Jarres verlesen.

Ich fürchte, daß es bei den weiteren Verhandlungen ähnlich wie bei den Friedensverhandlungen zu einem Schwächwerden der Rheinlande kommen wird. Die Situation ist dann völlig ungelöst und Deutschland verträglich gestellt der Laune des neuen Siegers überantwortet. Ein solcher Abschluß würde das Schlimmste sein, was Deutschland treffen könnte. Seine Einigkeit als Staat würde auch äußerlich zerfallen. Diese nationale Belastungsprobe würde das Reichgefüge nicht aushalten. Ich fürchte mit Grund, daß Bayern und andre Landesteile nicht mitmachen und sich vom Reiche lossagen würden.

Aber auch das besetzte Gebiet würde in solcher Kapitulation in geschichtlicher Empfindlichkeit ein Jammerstück finden und in die Arme des Feindes getrieben werden. Die Lösung würde eine Schwächung sein und im besten Falle unter faulen Bedingungen, deren Konsequenzen sich erst allmählich, aber dann um so drückender geltend machen würden, eine Ueberlieferung des französisch-deutschen Grenzgebietes bedeuten, die weit mehr das besetzte Gebiet vom unbesetzten Deutschland trennen würde als eine klare, zunächst brutal erscheinende Abschneidung. Deshalb will mir die letztere Lösung nach wie vor als die einzig richtige erscheinen. Kurz gesagt, denke ich mir diese wie folgt:

Stresemann mag seine Verständigungspolitik mit Nachdruck fortsetzen. Dabei muß er sich im klaren sein, daß die Entscheidung bald fallen muß. Wir wollen mit ihm hoffen, daß diese Politik zu dem von ihm klar umrissenen Ziele einer die Ehre unseres Volkes und die deutsche Staatshoheit im Rheinlande sichernden Verständigung führen wird. Nach der gestrigen Rede Poincarés ist in dieser Beziehung allerdings nicht viel zu hoffen. Sieht der Reichskanzler nach kurzer Zeit, daß der Feind nicht will, oder geht gar der Franzose trotz dieser Verständigungsgeneigtheit zu weiteren trafen Gewaltmaßnahmen über (z. B. Ausföhrung der Debonnanz über die Befestigung höherer Verwaltungsstellen, weitere Besetzung deutschen Gebiets, Einführung rheinischer Währung usw.), so muß die Reichsregierung sich zu einem endgültig klaren Schritte entschließen. Sie muß, gestützt auf ihre wiederholte Erklärung, zu Verständigungen bereit zu sein, und unter Hinweis auf ihre noch immer unbeantwortete Memorandumnote vom Juni d. J. sowie auf die zwischenzeitlich auch amtlich durch England feierlich erklärte Verletzung des Friedensvertrags durch den französisch-belgischen Einbruch den Feind meiner Meinung nach

in ultimativer Form auffordern, aus dem Einbruchgebiet und Sanktionsgebiet abzurücken und im Rheinland die durch den Friedensvertrag gewährleisteten verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, d. h. seinerseits den Friedensvertrag zu erfüllen; andernfalls werde Deutschland zu seinem Bedauern genötigt sein, den Friedensvertrag Frankreich und Belgien gegenüber für aufgelöst zu erklären.

Der dann eingetretene Kriegszustand wird vermutlich nur formeller Natur sein und bei unserer Wehrlosigkeit acute Formen nicht annehmen. Letztere können voraussichtlich nur in weitere Besetzung deutschen Gebiets bestehen, die wir auch in Kauf nehmen müßten und die zweifellos den europäischen Konflikt beschleunigen würden, ohne dessen Hilfe meines Erachtens endgültig eine Befreiung des Rheinlands nicht denkbar ist.

Eine solche Lösung würde ja das okkupierte Gebiet zunächst von uns trennen. Diese Trennung würde jedoch die unbedingt notwendige Klarheit blickartig schaffen; sie würde vom besetzten Gebiet als aufgezwungener Gewaltakt aufgenommen und getragen werden; die Einheit des Reiches im unbesetzten Gebiet würde ermöglicht, ja meines Erachtens unter dem Druck des Auslandes gefestigt werden, und das Band zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet würde nur äußerlich zerrissen, innerlich aber gefestigt sein. Und der weiteren Zukunft, die sich für Deutschland entwickeln muß, könnten wir mit weit größerem Vertrauen entgegensehen. Ein Abchnitt des großen Kampfes würde nicht mit Erfolg, aber mit Ehren beendet sein, und die

Kräfte für den weiter notwendigen Kampf blieben gesammelt und geeint. Werfen Sie mir bitte nicht vor,

diese Lösung dränge auf den Nebanhenweg und sei Utopie. Nein, sie ist die einzig folgerichtige und frei von Selbsttäuschung und Nebel.

Die „Lösung“ Jarres war also ganz klar: „Zunächst brutal erscheinende Abschneidung der Rheinlande — Kriegszustand — weitere Besetzung deutscher Gebiete — Fortsetzung des Kampfes.“ Den Vorwurf der „Nebanhenweg“ nimmt Jarres seelenruhig hin. In der Tat: da Frankreich schmerzlich die von uns „abgeschnittenen“ Landesteile freiwillig zurückgeben würde, blieb ja kein anderer Weg als der Nebanhenweg, wenn man nicht für dauernd auf das Rheinland verzichten wollte.

Ein augenblickliche Entgleisung, ein Gefühlsausbruch waren diese Verzweigungspläne des jetzigen Präsidentkandidaten keineswegs. Er glühte für sie, er warb für sie, er kämpfte für sie.

Am 24. September 1923 waren in der Reichskanzlei hunderte Vertreter der besetzten Gebiete mit der Reichsregierung versammelt. Tagesordnung: Abbruch des passiven Widerstandes. Reichskanzler Stresemann wandte sich mit deutlicher Spitze gegen „legalen“ Separatismus und gegen die Phantasien seines Parteigenossen Jarres. Begeisterte Zustimmung nahezu der ganzen Versammlung. Jarres aber, der unentwegte Versackungspolitiker, trat Stresemann entgegen. Hatte er in jenem Briefe seine „vorläufige“ Preisgabe der Rheinlande unter gewissen Voraussetzungen geknüpft, so verlangte er nunmehr den

„klaren und unzweideutigen Schnitt“

zwischen dem Reiche und dem Rheinland sofort! Nach einem amtlichen Protokoll führte Jarres in dieser Sitzung aus:

Wenn ich richtig verstanden habe, dann ist der Herr Reichskanzler und die Mehrheit der Vorredner der Meinung, daß der Widerstand ausgegeben und an eine Aufnahme der Verhandlungen heranzutreten werden muß. Ich bin anderer Auffassung. Wir müssen bekennen, daß wir den Widerstand nicht weiterführen können, weil er sich jetzt gegen uns selbst wendet. Wir dürfen uns aber nicht mit dem Feinde in aussichtslose Verhandlungen einlassen. Es ist das einzig richtige, jetzt mit dem Feinde zu brechen.

Wir gingen in den Kampf mit der Annahme, daß ein Rechtsbruch des Gegners erfolgt ist. Wir gehen heute wieder alle möglichen Wege, nur nicht den kürzesten. Jetzt, wo wir das Zeugnis der ganzen Welt und besonders das Zeugnis von England haben, ist es das richtige, wenn wir sagen können: stehend auf unserm Rechtsstandpunkt fordern wir nochmals von den Franzosen in ultimativer Form unter Darlegung der von uns zu machenden Zugeständnisse die Räumung des Ruhrgebietes. Wenn der Franzose darauf nicht eingeht, dann halten wir auch unperfekt uns nicht mehr an den Vertrag gebunden. Sie können mir entgegenhalten, daß dies

den Kriegszustand bedeuten würde. Aber ich glaube, daß es nicht zu einem offenen Kriegszustand kommen wird, höchstens zu einem latenten Kriegszustand. Es wird aber zu einem klaren und unzweideutigen Schnitt zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet kommen, darüber bin ich mir völlig im klaren. Aber dieser Schnitt wird doch kommen, auch wenn wir die Bedingungen der Franzosen annehmen. Im Endeffekt sehe ich in dem einen wie in dem andern Falle die gleiche Lösung. Dann möchte ich den klaren Schnitt machen. Gewiß wird dies für das besetzte Gebiet die fürchterlichsten Folgen haben.

Aber es ist die einzig richtige Lösung, wenn ich mir alles klar und logisch durchdenke.

Das ist der Versackungspolitiker und der kopflose Katastrophentreiber in Wahrheit, und diese seine Rede wird von hunderten Hörern bezeugt. Es ist der vollendete politische Bankrott des Rechtsblocks, daß er diesen außenpolitischen Phantasien auf den höchsten Posten des Reiches erheben will. Noch heute erzählt Jarres in vertrautem Kreise, daß seine „Lösung“ damals die richtige gewesen wäre. Dieser Mann aber ist der Präsidentkandidat-Favorit der deutschen Außenminister Stresemann. Ihn hält er für außenpolitisch tragbar. Diesem „Politiker“ sollen die Kabinette des Erdballs Achtung und Vertrauen entgegenbringen.

Jarres behauptet in seiner Bankettrede: „Der Gedanke einer Preisgabe hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“

Da hört die Diskussionsmöglichkeit auf, und das psychologische Rätselraten beginnt. Die Erforschung des Seelenzustandes dieses Herrn Präsidentkandidaten aber ist nicht unsere Aufgabe. Wir überlassen sie denen, die für ihn verantwortlich zeichnen.

Es kann nach den von uns veröffentlichten Dokumenten, deren Schtheit sich beweisen läßt, keinen Menschen mit politischer Vernunft in Deutschland geben, der eine Präsidentkandidatur Jarres noch für möglich hält.

Bleibt er trotzdem?

Die meisten sozialdemokratischen Feststellungen über Jarres' Versackungspolitik haben ein lebhaftes Echo in der Berliner Presse ausgeföhrt. Allgemein tritt die Auffassung zutage, daß Jarres ein unmöglicher Präsidentkandidat ist.

Das Zentrumsblatt „Germania“ schreibt: Man stelle sich einmal einen Augenblick vor, es wäre im Jahre 1923 nach den Rezepten des Herrn Jarres verfahren worden. Wie sähe es dann heute in Deutschland aus. Die Frage stellen heißt gleichzeitig die Frage nach dem politischen Eigenmaß des Herrn Präsidentkandidaten Jarres zu beantworten. Wie aber, fragen wir angesichts der vom Sozialdemokratischen Pressebündel veröffentlichten Dokumente, kommt Herr Jarres zu der Behauptung in seiner Berliner Rede: „Der Gedanke einer Preisgabe hat zu keinem Zeitpunkt auch nur in dem entferntesten Kreise meiner politischen Erwägungen gelegen?“

Der „Vorwärts“ sagt: Was nun? Eigentlich müßte Herr Jarres nach solchen Feststellungen von seiner Kandidatur zurücktreten. Vielleicht will er es sogar. Man wird es ihm nicht erlauben. Und wenn es dann die Fronte der Weltgeschichte wollte, daß er vielleicht sogar Reichspräsident würde — armer Jarres!

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Es besteht jetzt wohl kein Zweifel mehr an der völligen Unmöglichkeit der Kandidatur Jarres“, mit der sich der Rechtsblock lächerlich macht. Rätselhaft aber bleibt die Tatsache, wie der Außenminister Stresemann einen derartigen Mann außenpolitisch für tragbar ansehen kann, nachdem er selbst gegen die Kandidatur des Reichswehrministers Geßler außenpolitische Bedenken zu erheben sich nicht scheut hat.“

Die „Vossische Zeitung“ erklärt schließlich: „Nun mögen die Deutschen im besetzten und unbesetzten Gebiet selbst darüber urteilen, ob sie den „Lagier“ Jarres an die Spitze des Deutschen Reiches berufen wollen.“

Armer Jarres, armer Rechtsblock! Eine Riesensklammer kurz vor der Wahl! Statt des angekündigten starken Mannes einen unmöglichen Kandidaten, der sich in seiner Kandidatenrolle selbst tief unglücklich fühlen muß.

Jarres, der Harmlose.

In Breslau hat Jarres seine zweite Kandidatenrede gehalten und ist dabei schon etwas mehr aus sich herausgegangen, als in seiner Berliner Ansprache, trotzdem er vorweg erklärte: „Ich lebe still und harmlos“ fern von der Politik. Den ostpreussischen Korridor bezeichnete er als eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Alle Teile des deutschen Volkes seien friedlich, aber gerade deswegen sei eine Revision der Friedensverträge zu verlangen.

Ueber seine Rheinlandpolitik sprach Jarres offener als in Berlin. Er hätte dort den starken Weg gehen wollen, während andre zum gleichen Ziele der Erhaltung des Rheinlandes und der Ruhr beim Reiche und bei Preußen andre Wege marschierten.

O wie still und harmlos! Er wollte nur ein bißchen deutschen Bodens opfern, das Stückchen Rheinland. Und harmlos, wie der starke Mann nun einmal ist, wollte er es in 20 Jahren wieder zurückerobern. Wie Abgeordneter Breitscheid am Donnerstag in einer Versammlung in Köln ausführte, hat Jarres Ende 1923 im Auswärtigen Ausschuss ihm persönlich erklärt:

Was wollen Sie, wir müssen das besetzte Gebiet vorübergehend freigeben, um es in zehn oder zwanzig Jahren mit den Waffen in der Hand wiederzuerhalten.

Also Jarres ist nicht der gemüthliche Großpapa in Schlafrock und Pantoffeln, ein friedliebender abgeklärter Landesvater, sondern fähig zu großen politischen Dummheiten, fähig, Deutschland in Krieg und Verderben vollends untergehen zu lassen.

Mißtrauensvotum gegen die Rechtsregierung.

Der Reichstag erlebte am Freitag wieder eine recht belebte Sitzung. Die Sozialdemokratie war genötigt, sich nicht nur gegen die Demagogie von rechts, sondern auch gegen die nicht minder gewissenlose Demagogie von links zu wenden.

Bei der dritten Lesung des Notetals gab Dittmann (Soz.) eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion ab, die den Stat ablehnt, weil er weder in Einnahmen noch Ausgaben den berechtigten Wünschen des werktätigen Volkes entspreche. Der Versuch der Sozialdemokratie, eine Erleichterung für die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Lohnsteuer zu erzielen, sei abgelehnt worden, dagegen treffe die Regierung Vorbereitungen zur Ermäßigung der Kapitalsteuer. Die Sozialpolitik

des Kabinetts Buther richtete sich immer mehr gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Aus diesen Gründen lehnte die Sozialdemokratie den Kabinet ab. Später wurde ein

Misstrauensvotum,

das die Kommunisten eingebracht hatten, gegen deren Stimmen und die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Es kam dann zu einer lebhaften Erörterung der Aufwertungsfraße. Der sozialdemokratische Redner Reil, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergeben, verplückte die Demagogie der Deutschnationalen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Fristen der 3. Steuernotverordnung nur bis zum 31. Mai zu verlängern, wurde abgelehnt, dagegen beschlossen, die Fristen bis zum 30. Juni laufen zu lassen.

Darauf kamen die Anträge der kommunistischen und der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung, die aus Anlaß der Vorgänge in Halle gestellt wurden. Keinen erging sich in langen Ausführungen gegen die Polizei, gegen Severing und insbesondere gegen die Sozialdemokratische Partei. Sie allein solle an den Vorgängen in Halle schuldig sein. Wie ernst es die Kommunisten aber mit dieser Angelegenheit meinen, zeigte sich während der Besprechung. Es waren

von 45 ganze 15 kommunistische

Abgeordnete anwesend. Auch die zeigten nur geringe Genauigkeit, den Tiraden ihres Sprechers zuzuhören.

Crippien (Soz.) behandelte den Vorfall in Halle und beurteilte das Verhalten der Polizei aufs schärfste, knüpfte sich dann aber die kommunistischen „Führer“ vor. Seine Rede bringen wir an anderer Stelle.

Zum Schluß verjuchte der Reichsminister Schiele, die zuständigen Behörden in Schutz zu nehmen. Jeder, der die Polizei angreife, müsse wissen, was das zu bedeuten habe, und wenn sich jeder darüber klar sei, würden solche bedauerlichen Vorkommnisse wie in Halle von selbst aufhören.

Das Haus vertagte sich dann am Sonnabend vormittag 11 Uhr.

Permanente Preußenkrise.

Am Freitag hat sich der Preussische Landtag ohne Lösung der Regierungskrise auf den 31. März vertagt. Bis dahin sollen die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung möglichst abgeschlossen sein. Jedenfalls ist die Lage äußerst verworren. Fest steht nur, daß die republikanischen Parteien auch für die Zukunft vereint marschieren wollen. Das im Vordergrund stehende Beamtenkabinett soll ihrem Wunsch entsprechend von einem politisch geschulten Parlamentarier geführt werden. Wer dieser Parlamentarier ist, steht vorläufig noch nicht fest.

Die Deutschnationalen geben sich den Anschein, als wollten sie der hauptsächlich durch sie und die Gaitsung der Volkspartei hervorgerufenen Verwirrung durch die Auflösung des Landtags ein Ende machen. Sie haben am Freitag im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht, versicherten sich aber vorher, daß die Volkspartei diesem Antrag nicht zustimmen gedenkt. Also auch hier wieder reine Agitationspolitik wie überall.

Die Kommunisten üben sich inzwischen in Parkefinaiden. Ihnen ist die permanente Preussische Regierungskrise nur ein Gaudium. Es kümmert sie dabei sehr wenig, daß diese Sorte Parlamentarismus auf Volkskosten geht. Die Reaktion hat gute Lage, solange Kommunisten in größerer Zahl die Parlamente bevölkern. Und wir würden Deutschnationale und Volkspartei wünschen, wenn ihnen die Kommunisten die Bundesfrüherchaft gegen die Sozialdemokratie aufkündigen würden.

Kleines Feuilleton.

Allerhand Sonderbares.

Vor einiger Zeit flog uns ein groß und fett in zwei Farben auf kostbares Papier gedrucktes Scherzstück auf den Redaktionsstisch, das folgendermaßen lautete:

Wir Kameradinnen des „Königin Luise“-Bundes alle jenseits am und reich, jung und alt, ehrender Vorstand und ganze Unterguppe der Stadt Magdeburg thun in diesem Ehrenbriefe allen denen öffentlich kund, die ihn sehen oder hören werden, daß wir untereinander über nachfolgendes einträchtig zu Rathe gekommen sind. Am 10. März 1925 wollen wir uns reiner Lieb- und Treue im Andenken an den Geburts- tag unserer Königin Luise ein jenseitiges und auch großes Fest feiern. Hat Luise sich doch für unsere schöne Stadt „der Kirche und Hütte“ von Napoleon so wer erachtlichen lassen. „Ich habe mich zu hüten als Preussens Königin! Als Mutter meiner Söhne ist die Witt' allhier, zu geben mir die Stadt Magdeburg für sie.“ Nur gegen des Reichspräsidenten der Städte Magdeburg setzen sie, ihr Herz festhaltend, die Hofe Napoleons. Ein Dorn nach sie wohl in die Hand.

Des Ihn wir Kameradinnen vom „Königin Luise“-Bund unserer Stadt uns auch heftigen in Gehöracht hochhalten und in unseren Schwestern und Brüdern lebendig zu erhalten.

Als die Damen oder „Kameradinnen“ vom Königin-Luise-Bund wollen sich heimlich von einem Dorn in die Hand stechen lassen, wenn es ihnen annehmlich ist, in Willigkeit aber heimlich abgehenden Ehrenbrief — der nur nicht gerade ihrer Gehörachtung Ehre macht — recht verhehle.

Dieser „Ehrenbrief“ macht aber auch ihrem Vorstand keine Ehre. Denn sonst könnten sie den hundertmal wiederlegten Schwundel von der ledigen von der Magdeburger „Kirche und Hütte“ wollen jenseitig erachtlichen Luise und von der patriotischen Hofe die sie mit dem „heiligen Herzen“ von Napoleon ausgeben, nicht immer noch wiederholen. Die Dame hat in Wirklichkeit weder ihr Herz noch ihr Amäjierebedürfnis jenseitig begreifen können oder auch nur begreifen wollen. Sie gehen vor Jena zu den jenseitigen Kriegshelden und ließ keine Gehöracht vorbringen, den unerschütterlichen Trost von heiligen Ehrenbrief gegen Kameradinnen aufzusprechen. Sie eilt heiligen Treue — jenseitig „Kriegshelden“ — jenseitig sie hat bei Napoleons Gattin Josephine an und heftige des Kriegshelden mit dem Jenseitigen Alexander I. gegen Frankreich. Ueberhaupt dieser Alexander! Nicht ein Wort, welches man zu seinen Tode jenseitig, kann je in Ehrenbriefe ausgeben, denn er verdient alles, was man nur Entes sagen kann. ... Mit jenseitig die nach er Glückliche und Jenseitige durch seine

Verräter deutschen Blutes.

Vor wenigen Tagen befaßten sich die Vaterländischen Verbände mit dem Sicherheitspakt, den sie ablehnten. Erst jetzt aber wird die Entscheidung in ihrem Wortlaut bekannt. Sie besagt zum Schluß:

Auch nur einen Fußbreit angestammten Bodens, auch nur einen einzigen Volksgenossen auf Grund freiwilliger Entscheidung freizugeben, steht dem deutschen Volke keinerlei Recht zu. Es liegt ihm vielmehr die unüberbrückliche Pflicht ob, seine unerbittlichen Ansprüche auf Wiederauslieferung des Raubes unter allen Umständen zu wahren. ... Nie und nimmer Verzicht auf einen Fußbreit deutscher Erde und nur einen Tropfen deutschen Blutes.

Die Vaterländischen Verbände haben nur vergessen, ihrer Entscheidung hinzuzufügen, daß sie sich mit ihr gegen die jetzige deutschnationale Regierung wenden. Diese Regierung ist bereit, auf Elßaß-Lothringen zu verzichten und so zu einer nachträglichen Bestätigung des Versailler Vertrags ihr Votum zu liefern. Das Scheinheilige an der ganzen Geschichte ist, daß unsere „nationalen“ Kreise inuner noch tun, als sei ihnen der Protest ernst, während die verantwortliche deutschnationale Regierung bereit ist — um im Jargon ihrer Anhänger zu sprechen — „ein Stück Recht nach dem andern zu verjchachern“ und deutsches Blut zu verraten.

Ueberschlaue Rechtsstifter.

Im Preussischen Landtag führten am Freitag die Rechtsparteien im Bund mit den Kommunisten wieder einmal jene bekannte, in den letzten Wochen schon so oft gespielte, Entriistungskomödie gegenüber den hinter der Regierung stehenden Parteien auf. Die Deutschnationalen forderten durch den Abgeordneten v. d. Osten die sofortige Beratung ihres Antrags über die Klärung des Begriffs eines „Geschäftsministeriums“. Die Kommunisten verlangten die Vorwegnahme ihres Antrags auf

Auflösung des Landtags

und Neuwahlen für den 26. April. Es gab eine mühe, von Lärrens und Heiterkeitszügen immer wieder unterbrochene, endlose Geschäftsordnungsdebatte. Auf die von den Deutschnationalen gestellte — natürlich gar nicht ernst gemeinte — Forderung, Ministerpräsident Marx solle sofort erscheinen und sich über die Art seiner Geschäftsführung erklären, erfolgte vom Regierungstisch prompt die Antwort: „Der Ministerpräsident Dr. Marx wird sofort hier im Hause erscheinen.“

Ministerpräsident Marx erklärte, daß nach Artikel 50 der Verfassung das geschäftsführende Ministerium die laufenden Geschäfte zu erledigen habe. Diese Erledigung erfolge einzig und allein nach dem obersten Gesichtspunkt, das preussische Volk nicht Schaden leiden zu lassen. Nimmere forderten die Deutschnationalen die sofortige Besprechung dieser Erklärung. Die Sozialdemokraten widersprachen dieser zwecklosen, lediglich dem

deutschnationalen Agitationsbedürfnis

entstammenden, Forderung. Wie gewöhnlich springt Abg. Bied (Komm.) der Reaktion hilfsreich bei und erklärt, die Kommunisten seien für die Besprechung der „wichtigen“ Erklärung des Ministerpräsidenten an Stelle der Aussprache über den blutigen Vorkommnisse in Halle. Es kommt zur Abstimmung über den deutschnationalen Antrag. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum führen die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei. Damit fällt der deutschnationale Antrag unter den Tisch.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung wird zunächst die Ausstrafe über die Vorgänge in Halle zu Ende geführt. Danach wird ein Antrag des Zentrums über die Neuordnung des höheren Schulwesens angenommen. Der Antrag fordert besondere Ueberwachungsmaßnahmen für das besetzte und besetzt gemeinere Gebiet. Ebenso werden angenommen die Ausschüsse über die Unterbringung und Befolgung der aufgelösten Seminare. Bei der folgenden Abstimmung über die Anträge betr. den

Abbau von Wahlbeamten,

die Einstellung des Personalabbaus und. Kommt zunächst der Antrag der Sozialdemokraten an die Reihe, wonach ein Abbau auch bei den Wahlbeamten nur unter der Voraussetzung des § 21 der Preussischen V.-A.-V. zulässig ist. Auf Wunsch der Deutschnationalen wird namentlich abgestimmt. Die Rechtsparteien wollen den Antrag zu Rade bringen und enthalten sich der Stimme. Die Folge ist abermals Beschlußunfähigkeit des Hauses. Mit dieser Beschließung setzt Präsident Parrels die neue Sitzung

auf den 31. März an. Auf den Bänken der Rechtsparteien und Kommunisten verdrängte Gesichter. Die Herrschaften hatten sich selbst hineingelegt und mit der erzwungenen Beschlußunfähigkeit sich der Möglichkeit beraubt, den schon zu Beginn der Sitzung versuchten Vorstoß noch einmal programmgemäß zu wiederholen. Die Mitte und die Linke begleiteten diesen Reinfall der Ueberschlaunen auf den Bänken der Rechten mit stürmischem Hallo.

Robert Schmidt völlig gerechtfertigt.

Der Kreditausschuß des Reichstags setzte am Donnerstag vormittag seine Untersuchung fort. Als Zeuge wurde zunächst der frühere Leiter der Schmalzabteilung der Reichsfleisch- und Fleischwaren-Kontrollstelle, Scharwenka, vernommen. Der Zeuge schildert die Differenzen, die mit Barmat entstanden sind. Im wesentlichen stützt er sich auf die Mitteilungen anderer Leute. Zu der Behauptung, daß der Minister Robert Schmidt Herrn Barmat begünstigt habe, erklärt der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei. Ihm sei nur aufgefallen, daß Barmat in einer Sitzung, die unter dem Minister Hermes stattgefunden hat, sehr selbstbewußt aufgetreten sei.

Abg. Robert Schmidt stellt aus den Akten fest, daß die Reichsfleisch- und Fleischwaren-Kontrollstelle den diktatorischen Ausschluß versucht habe, den Vertrag mit Barmat zu streichen. Daraufhin erliefte das Ministerium seine Zusage zur Annullierung gegeben. Die Milchfondensaffäre habe fernerzeit dem Reichsernährungsministerium, an dessen Spitze Hermes stand, mitgeteilt, daß bei der Abwicklung des Milchfondengeschäfts nichts Unfaures vorgekommen sei.

Abg. Dauch (Dt. Rp.) versichert, er wolle Robert Schmidt nicht den Vorwurf machen, daß er persönliche Vorteile gehabt habe; dessen halbe er ihn nicht für fähig. Aber es scheint, als ob es damals im Wirtschaftsministerium ein wenig drunter und drüber gegangen sei. Abg. Schmidt erklärt, bei der Annullierung der Verträge habe das Reichswirtschaftsministerium so gehandelt, wie es unter anständigen Kaufleuten üblich gewesen sei, wenn infolge der eigenartigen Valutaverhältnisse für die Lieferanten sehr erhebliche Verluste zu erwarten waren. Auf eine Frage erklärt der Zeuge Scharwenka, seine Bedenken über die Kreditgewährung Barmats habe er erst im Herbst 1920 unter Hermes zum Ausdruck gebracht, vorher habe er keine Veranlassung gehabt, sich darüber zu äußern. Tatsachen darüber, daß die Sozialdemokratische Partei hinter Barmat gestanden habe, seien ihm nicht bekannt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Saenger, teilt mit, daß sich selbstverständlich auch Herr

Barmat vor dem Ausschuss vernommen

werde.

Ministerialrat Staudinger befand: Barmat sei zwei- oder dreimal im Ministerium gewesen. Der Minister Schmidt habe im Frühjahr 1919 ein Schreiben an die holländische Sozialdemokratie gerichtet, worin er von dem Angebot dankend Kenntnis nimmt, daß Barmat bei Beschaffung von Lebensmitteln ohne Zuhilfenahme fremder Devisen behilflich sein werde. Der Minister Schmidt habe keinen besonders günstigen Eindruck von Barmat gehabt, besonders deswegen, weil Barmat gelegentlich auch die kommunistische Partei unterstützt habe. Einen ungünstigen geschäftlichen Eindruck habe der Minister Schmidt von Barmat nicht gehabt. Später sei Barmat nicht mehr im Ministerium vorgekommen, sondern an die Referenten verwiesen worden. Der Minister sei übervorsichtig gewesen, besonders bei solchen Dingen, die mit politisch gleichgesinnten zusammenhängen. Schmidt habe den Zeugen ausdrücklich beauftragt, die Referenten anzuweisen, Barmat weder besser noch schlechter als andere Lieferanten zu behandeln.

Darauf vertagte sich der Ausschuss auf unbestimmte Zeit.

Eberts Gut.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Weimar begann am Donnerstag ein Meineidsprozeß, der auf den Aufenthalt des verstorbenen Reichspräsidenten in Weimar zur Zeit der Nationalversammlung zurückgeht. Die vier Angeklagten hatten in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Sonneberg als Zeugen ausgesagt, Reichspräsident Ebert habe in Weimar in der Trunkenheit auf der Straße den Gut verloren. Als Zeugen wurden der frühere Minister Gustav Bauer, der frühere Oberpräsident Winnig und mehrere Angehörige der damaligen Wachtkompanie Weimar vernommen. Viele Zeugen befanden, daß Ebert nicht angeunken gewesen sei und es sich nicht um seinen Gut gehandelt habe. Die Wirtin des „Fürstentellers“ erklärte vor ihrer Vernehmung, daß sie ihre vor dem Untersuchungsrichter gemachte Aussage widerrufen müsse, da sie diese nur unter einer gewissen Druce gemacht hätte. Der Untersuchungsrichter

Gut und himmlische Güte“. Ich weiß sie. Ihre Majestät geruhten von sich auf andre zu schicken. „Ich glaube an Sie wie an Gott!“ gesteht sie dem Angeklagten, der in Wirklichkeit ein stiller Komdiant war, und, sobald es sein Vorteil sei, das preussische Königspaar in die Irre zu führen. In der Zusammenkunft bei Tisch hat er auf seine Faust mit Napoleon, dem Erbfeind, Frieden geschlossen.

Es war gewiß nicht sehr ritterlich von Napoleon, daß er den gekrönten Griechischen Luise mit Alexander, als er ihn in Charlottenburg und Potsdam entdeckte, verhaftet hat. Aber er hatte dieser romantischen jungen Dame, die im Festlager von Jena in Dragoonuniform kriegerische Vorstellungen gab, solange nichts dabei zu riskieren war, eine gehörige Züchtigung zugebracht, und er hatte auch nicht den geringsten Grund, sie über ihren Gatten, der den Kuppler spielte, in Mitleid mit Reue zu behandeln. Die Komödie war denn doch ein bißchen zu durchsichtig. Er wäre ein erbärmlicher Nichts, wenn er nicht gewesen wäre, wäre er auf die durch raffinierte Toilettenkünste gekonnten jenseitigen Reize einer medienberühmten Prinzessin hereingefallen. Die stärkste Festung des Königreichs hätte er um ein paar Weiberinnen mit den herausgehenden jenseitigen Reizen ein paar preussischer General ohne Schwertkriech in seine Hände gespielt hätte. Man kann denn immer wieder daran erinnern, daß die sogenannte „ehle Dulerin“, während das Volk hungerte, jämmerlich: „Wir leben von der Luft; beim Mittagessen haben wir vier Schüsseln, am Abend drei, und das ist alles!“ Daß sie sich von ihren Juwelen nicht trennen konnte, während die Amerikaner ihr Leibes öffnen, und daß sie das vom Reichspräsidenten von Stein für den Aufbau des von den Russen fürchterlich verheerten Majoren bestimmte Geld für eine Vergnügungstour zu ihrem „einzigen“ Alexander verplempernt und abendbrein den besten Mann der Monarchie, eben Stein, gestürzt hat? Der mußte recht gut, weshalb er sie als „une femme“ bezeichnet hat, als „Weibchen“ mit dem Hintern des Tierisch-Schuldigen.

Und da kommt dann ein so verachteter Gegenstand wie ein Geldbroppel aus Berlin daher und besaßert alle weiblichen und männlichen Anterredie von Magdeburg für dieses jenseitige Weibchen und nicht den Kameradinnen vom Königin-Luise-Amazonenkorps einen Dorn in die Hand oder ein Herz oder was weiß ich wohl. Rückwärts, damit wir besser kommen“, war sein Leitzpruch. Kommt ihr bis zum Ende zurüd, merkt Kameradinnen, denn sollt ihr mal sehen, wie die herrlichen Zeiten wir entgegengehen. Das warte Gott!!

Beil wie doch gerade beim Affen sind: Das Diebstahlbuch des gebildeten Durchschnittsdeutschen, Larzon“, handelt von einem Affenmenschen in der Wüste. Soja's Hände von diesem ungeheuerlichen Stück hat das gebildete Publikum schon verjüngungen, und eine halbe Million Exemplare soll in Deutsch-

land abgesetzt worden sein. Nur der 7. Band wird uns vorenthalten. Warum? Nun, weil der geschäftstüchtige amerikanische Erzeuger, ein Herr Burroughs, aus diesem 7. Band einen „Gahgejang gegen Deutschland“ gemacht hat: die Geschichte spielt in Ostafrika während des Krieges, in dem der Affenmensch, ein Engländer, einen Vernichtungskampf gegen die wehrlich grautamen und ebenso fetigen „Günner“ ausführt. Das zieht natürlich enorm in den angestricheltesten Länder, in Frankreich und der Poladei, aber für die zahlreichen deutschnationalen Verehrerinnen ihres Gräueltatungs-ideals empfindet sich die Uebersetzung nicht. Sie sind also wieder einmal auf die „angestrichelteste Lücke“ hereingefallen, die Vermitlen! Daß sie den Affenmenschen so gütlich an ihrem schwarzweißroten Pulver geholt haben, war eine „Sünde wider das Blut“. Selbiger Dinter, bergib ihnen!

Was find ich denn da in der „Deutschen Jugendzeitung“, die der Magdeburger Tageszeitung beigegeben wird? Lotte Rath, Vorstandsmittglied der Reichsführung der Bismarck-Jugend, will die Jungmädchen unter der Ueberchrift „Durch Nacht zum Licht“ militarisieren.

Ihr Jungmädchen, wer Waffen tragen will, muß auch ein Waffenkleid tragen! Dies Kleid ist nicht unweiblich; es paßt zur deutschen Frauenart, die nie weiblich war. In deutscher Notzeit liegt es immer bereit. Unsere Germaninnen konnten es so gut wie Preussens Frauen. Unsere Volksheligen, unsere Luise, hat es als Ehrenkleid getragen; Es ist das Frauenheldentum!

Gab ich mir's nicht gleich gedacht, daß das Luise-Kleid Schule machen würde? Jetzt sollen also auch noch unsere lieben kleinen Bürgermädchen, der Schmutz des Bretten Wences, in Uniform gesteckt werden. „Waffen tragen“ — aber welche? Schi-nabehn? Rehrbejen? Koflenschuppen? Koflöffel? Germanische Puffstühle und offenes Haar gefällig (nicht zu machen bei der Subi-topf-Mode!) oder die Dragoonieruniform, die unsere Volksheligen vor der Schlacht von Jena getragen hat? Die Frage ist wohl noch nicht ganz spruchreif. Vorläufig begnügt man sich mit der moralischen Umkleplung, an der es offenbar in und dort etwas hapert:

Zeigt durch euer Beispiel, daß in euren Aern das Blut der Germaninnen rollt, die streng machten über die Reinheit ihres Hauses und ihrer Sippe! Hütet euch vor undeutschen Griffen, mögen sie auch noch so verlockend erscheinen: Gift bringt euch Verderben, und mit euch verdirbt das Volk!

So nun wißt ihr Bescheid, ihr Süssen! Wenn ihr wollt, daß das Blut der Germaninnen in euren Aern rollt, müßt ihr auf die „undeutschen Griffen“ verzichten. In euren Zusammenkünften sollen ausschließlich „deutsche Griffen“ geübt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß sie euch weniger „verlockend“ erscheinen.“

Hätte ihr mit Verhaftung gedroht, wenn sie nicht aussage, daß Ebert angeheitert gewesen sei.
Am Freitag nahm der Prozeß ein überraschendes Ende. Für zwei der Angeklagten hatte der Oberstaatsanwalt wegen fahrlässigen Todes eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten beantragt. Sie wurden, wie auch die übrigen zwei Angeklagten, freigesprochen. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß die Angeklagten nicht zur Verurteilung verurteilt werden könnten, weil die den Eindruck gehabt haben, daß Ebert angeheitert war. Was den auf der Strafe gefundenen Gut betrifft, der angeblich Ebert gehört haben soll, so sei in keiner Weise zu beweisen, daß dieses Gut tatsächlich Eberts Eigentum war. Bewiesen sei ferner nicht, daß Ebert betrunken gewesen sei. Immerhin sei nichts Entehrendes darin zu erblicken, wenn eine Person einmal angeheitert angetroffen würde. Die andern drei Angeklagten hätten sich, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, in der Person geirrt, seien aber des Glaubens gewesen, es hätte sich um Ebert gehandelt. Die Kosten für den Prozeß übernimmt die Staatskasse.

Der zweite Magdeburger Prozeß.

Am Freitag vormittag, dem neunten Verhandlungstag im Magdeburger Verleumdungsprozeß, trat eine Reihe von Zeugen auf, die früher als streifende Arbeiter der Rüstungsindustrie an der Dreptower Versammlung teilgenommen hatten. Aus ihrem Erinnerungsvermögen soll die Rede, die Ebert damals gehalten hat, wieder aufgebaut werden.

Der Mechaniker Kiefert, damals in den Goerz-Werken, erinnert sich nur noch der Aufforderung Eberts, ruhig zu bleiben und sich nicht provozieren zu lassen. Die Ursachen des Streiks seien die mangelhafte Ernährung und die unzureichende Entlohnung gewesen.

Der Tischler Rinter, der mit dem Zeugen Ehrig zusammen im Flugzeugpart in Johannisthal arbeitete, stand ganz vorn und hat vor der Versammlung mit Ebert gesprochen. Mit seinen Ausführungen seien die Streifenden nicht zufrieden gewesen, zumal, als er sagte, ein Streik sei nicht gerechtfertigt, auch wenn die Forderungen teilweise berechtigt seien. Auf Zwischenrufe wegen der Gestellungsbeehle habe Ebert erklärt, ihnen müsse selbstverständlich Folge geleistet werden, er werde sich mit der Partei jedoch dafür einsetzen, daß sie zurückgenommen werden. Der Zeuge weist darauf hin, daß sich die Eingezogenen auch wirklich gestellt haben. Als Ebert über die Gestellungsbeehle gesprochen hatte, sei eine große Unruhe eingetreten und auf ihn geschimpft worden, so daß er abtrat, nachdem er noch die Mahnung hatte ergehen lassen, sich zu keinen Unbesonnenheiten hinreißten zu lassen.

Der Tischler Ginter aus Berlin-Lichtenberg schildert die schlechten Ernährungsverhältnisse und die politischen Gründe, die zum Streik geführt haben. In seinem Betrieb seien alle Arbeiter am Dienstag in den Streik getreten, ohne zu wissen, daß die Sozialdemokratische Partei in der Streikleitung war. In seiner Rede habe Ebert darauf hingewiesen, daß die ausländischen Munitionarbeiter keine Stunde versäumten, um für ihr Volk Munition herzustellen und daß die deutschen Arbeiter es ebenso machen sollten. Darauf seien Zurufe wie Streikabwürger, Verräter, Galunde usw. erfolgt. Der Zeuge gibt zu, selbst „Verräter“ gerufen zu haben. Im allgemeinen hatte der Zeuge den Eindruck von Eberts Ausführungen, daß er wie die Rufe um den heißen Brei herumgegangen sei. Auf den Ruf wegen der Gestellungsbeehle habe er gesagt: „Wenn Ihr Gestellungsbeehle bekommt — und Ihr werdet welche bekommen —, dann wird die Partei dafür sorgen, daß sie gemildert werden.“

Der Zeuge erklärt schließlich, daß er hätte gehen müssen, wenn Ebert einen Zettel gehabt hätte. Auf eine Frage der Verteidigung erwidert er, daß Ebert zum Schluß gesagt hätte, es solle Ruhe und Ordnung gehalten werden, die Streifenden sollten sich nicht provozieren lassen, und daß er besonders darauf hingewiesen habe: „Wenn Ihr dem Militärgefes nicht nachkommt, macht Ihr Euch strafbar.“

Der Zeuge Lorenz, damals ebenfalls in den Goerz-Werken, hat in Dreptow in unmittelbarer Nähe des Redners gestanden. Es sei sehr unruhig gewesen, weil Ebert sehr müßig sprach.

Das Wort „Streik“ sei an jenem Tag aus seinem Munde überhaupt nicht gekommen. Der Zeuge behauptet, so unmittelbar vor Ebert gestanden zu haben, daß es ihm nicht hätte entgehen können, wenn ihm ein Zettel heraufgereicht worden wäre. Ebert hätte sich zu diesem Zwecke sehr tief herabbeugen müssen. Am Schluß seiner Ausführungen habe Ebert gesagt, daß sich die Fraktion mit den Gestellungsbeehlen beschäftigen werde. Von einer Aufforderung, diesen nicht Folge zu leisten, ist dem Zeugen nichts bekannt.

Der Zeuge Budde war damals Maler bei Schwarzkopf und er erklärt, daß die Unabhängigen die Sozialdemokratische Partei nicht in der Streikleitung haben wollten, weil sie der Meinung waren, daß diese den Streik gefährden würde. In Dreptow hat der Zeuge auf der Wöschung neben dem Redner gestanden. „Ich war durchaus nicht einverstanden“ — so erklärt er — „mit Eberts Ausführungen und seiner Einstellung. Er hat meist über wirtschaftliche Fragen gesprochen. Die Brüder in den feindlichen Ländern würden nicht zusehen. Die Partei würde sich wahrscheinlich für die Gestellungsbeehle einsetzen. Wenn er gesagt hätte, den Gestellungsbeehlen solle nicht Folge geleistet werden, so hätte mir das auffallen müssen, aber das hat auch niemand von Ebert erwartet.“ Der Zeuge gibt zu, daß in den Betrieben erklärt worden ist, den Gestellungsbeehlen solle nicht Folge geleistet werden. Er weiß aber nichts davon, daß es sich nur um einen politischen Demonstrationstreik von 3 Tagen gehandelt habe.

Redakteur Fechner war ebenfalls bei Goerz und besuchte die Versammlung in Dreptow. Ebert sei in seiner Rede auf den Lebensmittelmangel eingegangen, habe aber erklärt, daß die Soldaten im Felde noch viel schwierigere Verhältnisse zu überwinden hätten. Auf die Regierung müsse eingewirkt werden für einen Frieden ohne Annexionen. Auf die Zwischenrufe, was mit den Gestellungsbeehlen werden solle, habe Ebert zunächst überhaupt nicht reagiert. Erst kurz vor seinem Abtreten habe er erklärt, daß sich die Fraktion dafür einsetzen werde, daß sie rückgängig gemacht werden.

Der Zeuge, der damals Unabhängiger war, habe sofort nach der Versammlung erklärt, daß den Unabhängigen damit nicht genügt sei, da man von ihnen nicht verlangen könne, daß sie beim Vorstände der Sozialdemokratischen Partei vorstellig werden.

In der Nachmittagsung wird zunächst der Zeuge Schatz bennommen, dessen Befundungen teilweise im Widerspruch zu den Beobachtungen der übrigen Versammlungsteilnehmer stehen. Er bekennt, daß der Redner auf einer Wöschung gestanden habe. Ebert habe sich auf den Boden der Streifenden gestellt und im Sinne des Streiks gesprochen.

Einen großen Teil des Nachmittags füllt die Vernehmung des Journalisten Franz Lehnhoff aus, dessen Befundungen für das Bremerdorff-Urteil von ausschlaggebender Bedeutung waren. In einer öffentlichen Versammlung habe er Ebert zum erstenmal in Dreptow sprechen hören. Ebert habe einen sehr niedergedrückten Eindruck gemacht und auch großen Widerspruch gefunden. Er habe es als Pflicht derer im Lande bezeichnet, das Beste an Waffen zu liefern, was menschenmöglich wäre, und daß alles getan werden müsse, um einen

für Deutschland günstigen Frieden zu erreichen.

Wörtlich habe er gesagt: „Eure Arbeitskollegen in Frankreich und England veräumen keine Stunde, um ihren kämpfenden Brüdern an der Front zu helfen.“ Bei diesen Worten habe er teilweise den Beifall der Frauen gefunden. Er habe die Leute ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, sich nicht provozieren zu lassen.

Wieder bekundet der Zeuge, daß Ebert seine Rede geschlossen habe mit den Worten: „Haltet ruhig aus, eure Arbeitsbrüder in den andern Städten stehen zu Euch; eure Forderungen sind gerecht.“ Die Arbeiter hätten diese Äußerung als eine lahmende Wendung aufgefaßt, die über den Zusammenbruch des Streiks hinwegtäuschen sollte. Ebert habe alles getan, um den Streik abzubiegen. Jeder hätte seine Ausführungen als gegen den Streik gerichtet betrachtet. Was er gesagt habe, war, so unterstreicht der Zeuge, bei Gott keine Refürwortung des Streiks. Es war die Aufforderung an die Arbeiter,

in d. Betrieben zurückzukehren.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er mit dem Sohne des verstorbenen Reichspräsidenten rein kollegial von der Parlamentstribüne her bekannt sei. Auf einen weiteren Vorhalt des Vorsitzenden gibt der Zeuge als wahrscheinlich zu, daß Ebert auch unter Hinweis auf andre Städte die Streifenden zur Ruhe gemahnt haben könnte.

Zum Schluß der Freitagabendverhandlung wurden sowohl von der Verteidigung wie von der Staatsanwaltschaft neue Beweisangebote gestellt und beantragt, u. a. die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, Silberstein, Grafmann, Schilde, Giebel, Keil, Feldmann, König sowie einige Landtagsabgeordnete und sonstige Zeugen auf Mittwoch nächster Woche zu laden.

Gegen 6½ Uhr abends wird die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Die Kommunistenprozesse.

Am 27. Verhandlungstag wird im Tschelka-Prozeß der Kaufmann Jauche aus Heidelberg vernommen, gegen den ein Attentat geplant war. Er ist Sozialdemokrat und war zweiter Vorsitzender des Landesausschusses der Gewerkslosenräte. Er stand im Verdacht, den Reichstagsabgeordneten der Gewerkslosenräte beraten zu haben. Den Plan seiner Ermordung hat er erst vor dem Untersuchungsrichter erfahren.

Untersuchungsgefängerer Vollmaier hat die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Eppingen im Herbst 1923 gegründet. Er hat seinerzeit ein Schreiben erhalten, worin ihm mitgeteilt wurde, daß derjenige, der aus der Partei austritt und über die Geheimorganisation der Tschelka spricht,

mit dem Tode bedroht

wird. Im Januar 1924 sei er ausgetreten, da er kein Interesse mehr an der Partei hatte.

Untersuchungsgefängerer Sedert hat Handgranaten hergestellt. In seiner Ortsgruppe Heidelberg wurde bekanntgegeben, daß diejenigen, die von der Handgranatenfabrikation etwas verraten, von der Tschelka bestraft würden.

Kriminalassistent Wolter aus Hannover hatte seinerzeit eine Verhaftung vorgenommen. Bei dieser Person wurde eine Karte mit der Aufschrift „Tschelka-Gruppe Nürnberg-Dt.“ gefunden. Bei der Sausuchung wurde dann in einer Kommode unter Wäsche verdeckt ein

Organisationsplan der Tschelka

vorgefunden und beschlagnahmt. Das Schriftstück kommt zur Verlesung, woran sich eine lange Debatte anschließt.

Der Präsident verkündet nach einer kurzen Pause, daß das Gericht beschlossen hat, die Zeugin Brechenmacher zu verurteilen, dagegen die beiden Zeugen Vollmaier und Sedert nicht, da sie dem Gericht als der Teilnahme verdächtig erschienen.

Kriminaloberwachmeister Schlatter, der ebenfalls ermordet werden sollte, ist von seinem Kollegen Koppenhöfer erwarnt worden, da bei dem Angeklagten König eine Pistole gefunden wurde. Es kommt dann zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Gerichtshof, wobei der Vorsitzende eine ganze Anzahl Fragen der Verteidiger an die Zeugen als unangeeignet oder nicht zur Sache ochörig zurückweist.

Der Untersuchungsgefängerene Sängner aus Mannheim äußert sich über die Bildung von „Tschelka“-Gruppen in Mannheim. Der Untersuchungsgefängerene Hauf macht im wesentlichen die gleichen Ansuchen wie der vorhergehende Zeuge, ebenso der Zeuge Sewald.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und auf Montag vertagt.

Vor dem ersten Senat des Leipziger Staatsgerichtshofes wird seit einigen Tagen ein Hochverratsprozeß gegen sieben Kommunisten verhandelt. Am Freitag ist der Prozeß unter sensationellen Umständen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden. Einer der Frauen bezichtigte den Anwalt Otto Sattler Otto Mahrer im Auftrage der Kommunistischen Partei nach Berlin gefahren zu sein und dort befehlsmäßig den Kreisler Kaufmann niederzuschlagen zu haben. Der Fall Kaufmann ist inzwischen durch die Beweisaufnahme des Tschelka-Prozesses ziemlich geklärt. Der Senat hielt sich aber trotzdem verpflichtet, zu den bisherigen vierzehn Zeugen der Tschelka-Angeklagten Felix Neumann und dreißig andre Personen zu laden.

Dadurch ergibt sich eine Aussetzung der Verhandlung auf längere Zeit.

Notizen.

Eine Sozialversicherungskonferenz. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts des Völkerbundes, Thomas, hat eine Anzahl international bekannter Autoritäten zu einer Konferenz eingeladen, die in dieser Woche in Genf tagt, um Vorschläge zur Behandlung wichtiger Probleme der Sozialversicherung auszuarbeiten. Aus Deutschland sind geladen Geh. Regierungsrat Richard Freund und Professor Alfred Mares (Berlin), Frankreich vertritt Professor Edouard Jaster und Dr. F. Dreyfus (Paris), England Professor Cohen (Cambridge), Italien Präsident Bagnoni (Rom), Tschechoslowakei Minister Winter.

Der Briefkastenstreit. Der Postkonflikt zwischen Polen und der freien Stadt Danzig ist vom Völkerbundarat in seiner letzten Tagung der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts überwiesen worden. Wie wir erfahren, wird der Inter-

nationale Schiedsgerichtshof am 14. April zu einer besondern Session zusammentreten, um den Streitfall zu schlichten.

Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen. Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen sind in diesen Tagen zum Abschluß gelangt. Allerdings sind einzelne Punkte des Abkommens noch ungeklärt. In der Hauptsache handelt es sich bei dem Abkommen um eine Ubergangszeit von einem Jahr, in dessen Verlauf auf beiden Seiten eine Differenzierung der Waren stattfindet. Dem Protokoll folgt aber sofort das Definitivum, das die Weisbegünstigung vorsehen wird. Ungeklärt bleibt noch die wichtige Frage, wann der Vertrag in Kraft tritt. Die deutschen Unterhändler haben nämlich auf Grund der beabsichtigten deutschen Zollsätze verhandelt. Ob aber der Reichstag diese beabsichtigten Zollsätze annehmen wird, ist noch zweifelhaft. Für das Schicksal des Abkommens ist es jedenfalls von Wichtigkeit, wann und wie der Reichstag die Zollnabelle erledigt.

Firmenänderung. Die National-sozialistische Freiheitspartei hat ihre Firma geändert. Ihre Reichstagsfraktion nennt sich von heute an Deutsche Volksbewegung. Die Graefe, Wulle und Nebentlow sind also mit den Hitler-Leuten endgültig auseinander.

Gerichtet, weil sie einen Kämpfer ehrten. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat an vier Frankfurter Stadtoberordneten der Kommunistischen Partei, das ist die halbe Fraktion, den Befehl zur Niederlegung ihrer Mandate gegeben. Die „Schwererbrecher“ sind nämlich bei der kurzen Ansprache des Stadtoberordneten-Vorstandes in der letzten Sitzung der Stadtoberordneten-Versammlung anlässlich des Todes des Reichspräsidenten Ebert mit der übrigen Stadtoberordneten-Versammlung aufgestanden; die andern vier Mitglieder waren bei dieser Sitzung abwesend bis auf einen, der — kurz vor der Rede hinausging.

Französische Besatzungsgewinnler. Der „Matin“ berichtet von einem neuen Skandal in den besetzten Gebieten. Der frühere Chef des militärischen Wohnungsamtes in Mainz, Oberst Marullier, hat seine amtliche Stellung in Mainz dazu ausgenutzt, um sich von seinem Freunde, dem Zollinspektor Binnet, verschiedene Warenbestände zu billigen Preisen zuweisen zu lassen, die die Zollverwaltung während des Ruhrkampfes beschlagnahmt hatte. Die Waren wurden dann an die Kaufleute Bier und Hoffmann weiterverkauft. So hat der Oberst Tabakwaren für 50 000 Frank erworben, trotzdem der Wert der Ware das Vielfache hiervon betragen haben soll. Die Betrügereien sind bei einer Kontrolle entbedt worden. Sämtliche vier Komplizen sind verhaftet.

Tschitscherin erkrankt. Der russische Außenminister Georg Tschitscherin kehrte krank vom Sowjetkongreß aus Tiflis zurück und kann augenblicklich die Führung des auswärtigen Amtes nicht übernehmen. Die große Reize nach Tiflis, die Wandrung durch Transkaukasien und besonders Armenien, viele und große Kuren nach seiner Rückkehr haben seine schwache Gesundheit erschöpft. Litwinow bleibt jetzt der unmittelbare Leiter der auswärtigen Sowjetpolitik bis zu Tschitscherins Erholung.

Ergebnis der ägyptischen Parlamentswahlen. Das endgültige Ergebnis der ägyptischen Parlamentswahlen zeigt, daß es den Anhängern Zaghlul-Paschas trotz der unerhörten Wahlbeeinflussungen durch die Regierung gelungen ist, keine die Mehrheit im Parlament zu erobern. Es stellt sich jetzt heraus, daß sich die Regierung im Parlament nur auf 109 Abgeordnete stützen kann, während die Zaghlulisten über 102 Abgeordnete verfügen. Die Regierung trägt sich infolgedessen mit dem Gedanken, das Parlament bei dem ersten besten Anlaß wieder auflösen zu lassen.

Mussolinis Ende. Die Ärzte haben dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini einornglich geraten, schleunigst Rom zu verlassen und zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Sizilien zu reisen. Dort soll er sich von jeder Beschäftigung mit der Politik und mit den Staatsangelegenheiten fernhalten. Mussolini weigert sich bisher noch, dem Rate seiner Ärzte zu folgen. In Regierungskreisen wird schon ernsthaft über die Person eines Vizepräsidenten diskutiert, der im Falle der Abreise Mussolinis die Regierungsgeschäfte führen soll.

Depeschen.

Die Opfer des Wirbelsturmes.

Nb. New York, 21. März. Von den bei dem Wirbelsturm Umgekommenen sind bis jetzt 738 Leichen identifiziert worden. Zahlreiche Tote sind noch nicht festgestellt. Weitere Tote befinden sich noch unter den Trümmern. In Murphysboro wurde eine Frau durch die vier Zimmer ihrer Wohnung in den Garten geschleudert, wo sie einen Baumzweig ergriff und mit einigen Verletzungen davontam.

Nb. Paris, 21. März. Wie „Petit Parisien“ aus New York berichtet, haben die letzten Feststellungen ergeben, daß durch der Sturm über den Mittelstaaten 802 Personen getötet und 2861 verletzt worden sind.

Radiodienst der Volksstimme.

Das deutsche Sicherheitsangebot.

+ Paris, 21. März. Der französische Botschafter in London trifft heute vormittag in Paris zur Berichterstattung über die zwischen ihm und der englischen Regierung geführten Verhandlungen bezüglich des deutschen Sicherheitsangebots ein. Vor seiner Abreise hat er eine längere Unterredung mit Baldwin gehabt. Man glaubt in hiesigen Regierungskreisen, daß die englische und die französische Regierung das deutsche Angebot um eine genauere Präzisierung des Sicherheitsangebots eruchen werden.

Arbeiterregierung und Kapitalisten.

w Kopenhagen, 21. März. Die Unternehmer haben eine Aufforderung der Arbeiterregierung, die Absperrung aufzuheben und die Verhandlungen mit den Gewerkschaften wieder aufzunehmen, abgelehnt. Sie haben weiter in einem Schreiben an die Gewerkschaften angekündigt, daß die jetzt 50 000 Arbeiter umfassende Absperrung am Sonnabend oder Montag auf 100 000 Arbeiter ausgedehnt werden wird.

Willy zu München, groß zu Promon, BmLinnw. 29.

Persil das unübertroffene Waschmittel

halbe Arbeit, billiges Waschen und die Wäsche tadellos. (NUR IN DER BEKANNTEN PACKUNG, NIEMALS LOSE.)

Karten zur Jugendweiche gute Auszubildung bester Fachausbildung Volksstimme Große Ringstraße 3.

Und wieder
sind grosse Mengen
GARDINEN
neu hereingekommen!
Grosse Posten davon gelangen
enorm billig
zum Verkauf!

Große Posten Künstler-Gardinen	nur beste Fabrikate	Garnitur Mk. 18.— 15.— 13.50 11.— 9.50 7.50 6.— 4.90	3.60
Große Posten Madras-Gardinen	garantiert echtfarbig	Garnitur Mk. 20.— 18.— 15.50 12.— 9.90 8.50 7.50	6.90
Große Posten Halbstores	Engl. Tüll und Etamine, mit Einsätzen	Stück Mk. 17.50 15.— 12.50 9.— 7.50 6.75 4.90 3.90	2.25
Große Posten Bettdecken	über 2 Betten	Mk. 22.— 20.50 18.— 16.— 14.50 12.—	9.50
Gardinen vom Stück, in reicher Auswahl	Meter 90 65	50 Pf.	
Schleiergardinen moderne Muster	Meter 1.25	Mk. 95	70 Pf.
Etamine glatt und kariert, 150 cm breit	Meter 1.50 1.25	Mk. 85	Pf.
Gardinen-Mull 115 u. 125 cm breit, gemustert	Meter Mk. 2.25 1.90	1.40	
Rollostoff glatt und gemustert, elfenbein, gold, weiß, 80 cm breit	Meter 1.80 1.10	Mk. 85	Pf.
Madrasstoffe hell- und schwarzgrundig, 130 cm breit	Meter Mk. 5.50 4.50 3.80	3.25	
Dekorationsstoffe bedruckt und gewebt, 130 cm breit	Meter Mk. 6.— 4.50 3.50	2.20	
Gobelinstoffe in schönen Zeichnungen, 130 cm breit	Meter Mk. 10.50 9.— 6.50	5.90	
Steppdecken doppelseitig guter Satin, Halbwoölfüllung, Handarbeit	Mk. 29.—	22.—	
Chaiselongue-Decken Phantasie- u. Gobelingewebe	Mk. 18.50 13.50	9.50	

Ein Posten Bettstellen teils leicht beschädigt, enorm billig!

Deutsche Teppiche außergewöhnlich billig

nur erstklassige, bewährte Fabrikate, moderne Muster, wie farbenprächtige Perser-Nachbildungen, für Wohn-, Speise- und Herrenzimmer.

Liebknecht & Sohn

„Eldako“ echte Thorner Lebenstropfen **Vogel & Co., A.-G.**
Aeignige Hersteller: **MAGDEBURG**